

Ausschuss für Bürgerangelegenheiten	30.11.2021
Rat	16.12.2021

öffentlich

Vorlage Nr.	628/2021-5
Stand	25.11.2021

Betreff Anregung nach § 24 GO NRW vom 04.10.2021 betr. "Stadt Bornheim wird Sicherer Hafen"

Beschlussentwurf Ausschuss für Bürgerangelegenheiten

Der Bürgerausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bornheim zu beschließen:
siehe Beschlussentwurf Rat

Beschlussentwurf Rat

Der Rat der Stadt Bornheim bekräftigt die Bornheimer Erklärung für Respekt, Akzeptanz und Toleranz.

Sachverhalt

Die Stadt Bornheim ist eine offene und bunte Stadt. Jede und Jeder ist hier willkommen! Dies hat der Rat im Oktober 2014 durch die Verabschiedung der Bornheimer Erklärung deutlich gemacht.

Die Offenheit wird insbesondere auch gelebt in der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Unterstützung von Flüchtlingen. Diese Unterstützung ist getragen von dem Willen, den Geflüchteten unabhängig von ihrer Bleibeperspektive wertschätzend und unterstützend entgegen zu treten.

Durch ehrenamtliche Unterstützung und hauptamtliche Begleitung durch Hilfsorganisationen aber insbesondere auch städtische Sozialarbeit gelingt es, Unterbringung auch in privaten Wohnungen zu erreichen, bei der weiteren Fortentwicklung und beim Einstieg in Ausbildung und Beruf zu begleiten, den Familien eine Aufnahme und Anbindung in Kindertageseinrichtungen, Schulen und Vereinen zu organisieren.

Zahlreiche Bornheimerinnen und Bornheimer engagieren sich bis heute ehrenamtlich in der Unterstützung der Zielgruppe.

Immer wieder kommt es zu Zuweisungen von Flüchtlingen und selbstverständlich wird im Sinne der Bornheimer Erklärung maximal beim Ankommen in Bornheim unterstützt.

Die Bornheimer Erklärung bringt die Aufnahmebereitschaft und das Verständnis der Stadt Bornheim von Respekt, Akzeptanz und Toleranz vollumfänglich zum Ausdruck. Sie ist in der Stadt die zentrale Wertevereinbarung insbesondere bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Die Aufnahmebereitschaft ist dadurch selbstverständlich geworden.

Der geforderte Beitritt zur Initiative Sichere Häfen beinhaltet in einigen Punkten Aspekte der Bornheimer Erklärung. So ist die Solidarität mit Menschen auf der Flucht selbstverständlich.

Die Initiative geht aber in vielen Punkten darüber hinaus und setzt auf eine kommunale Positionierung bei Aspekten, die auf Ebene der Bundes- und Landespolitik zu lösen sind und für die keine kommunale Zuständigkeit besteht. In Zeiten, in denen die Versorgung mit Wohnraum für einen großen Teil der Bevölkerung sehr, sehr schwierig geworden ist und in denen die Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung alles andere als auskömmlich ist und juristisch von der Stadt Bornheim angegriffen werden soll, kann ein Signal zur Aufnahmebereitschaft über die momentan verabredete Quote hinaus nicht gegeben werden.

Die Bornheimer Erklärung bringt die offene, aufnahmebereite, solidarische Haltung der Stadt Bornheim sehr gut zum Ausdruck. Diese Erklärung sollte bekräftigt werden.